

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft im Osten hoch im Kurs: Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen "neuer" und "alter" Bundesbürger

Koch, Achim

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

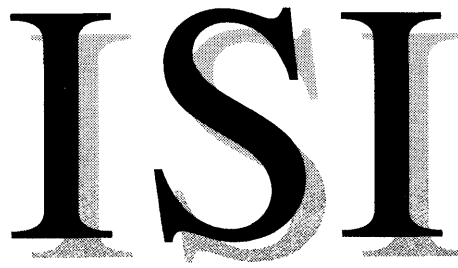
Koch, A. (1991). Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft im Osten hoch im Kurs: Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen Einstellungen "neuer" und "alter" Bundesbürger. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 6, 1-5. <https://doi.org/10.15464/isi.6.1991.1-5>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>



Informationsdienst Soziale Indikatoren

Sozialberichterstattung * Gesellschaftliche Trends * Aktuelle Informationen

Nr. 6
Juli 1991

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft im Osten hoch im Kurs

Eine ZUMA
Publikation

**Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den politischen
Einstellungen „neuer“ und „alter“ Bundesbürger**

Die Auflösung der ehemaligen DDR und ihre Integration in die Bundesrepublik ist zunächst ein Vorgang, der die politischen Institutionen und das politische Handeln betrifft. Die Bevölkerung der neuen Bundesländer erlebt einen Regimewechsel, wie ihn die Bevölkerung der alten Bundesländer 45 Jahre früher erfahren hat. Dieser Regimewechsel beinhaltet eine Änderung in Formen und Inhalten der Politik. Ein totalitäres Ein-Parteien-System wurde durch ein demokratisches System mit Parteienkonkurrenz und vielfältigen politischen Mitwirkungsmöglichkeiten der Bürger ersetzt. Das bisherige staatssozialistische Versorgungssystem wurde (und wird) durch die Übernahme wohlfahrtsstaatlicher Regelungen abgelöst. Gesellschaftliche Subsysteme wie beispielsweise das Wirtschaftssystem, die nach der früheren DDR-Ideologie von der führenden Rolle der Partei und des Staates von politischen Vorgaben durchdrungen waren, erhalten eine weitgehende Autonomie; die Wirtschaftspolitik beschränkt sich auf die Regulierung der Marktaktivitäten. Volkseigene Betriebe werden privatisiert, der staatliche Besitz von Wirtschaftsbetrieben wird in Zukunft die Ausnahme darstellen.

Inhalt

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft im Osten hoch im Kurs1

**Zufriedenheit mit dem
Funktionieren der Demokratie
gegenwärtig weit verbreitet6**

**Deutschland nach der
Wiedervereinigung: Zwei
Gesellschaften, eine Nation10**

**Abnehmende Ungleichheit bei
zunehmender Zentralisierung14**

Im vorliegenden Beitrag wird der Frage nachgegangen, wie die Bevölkerung die neuen politischen Strukturen bewertet. Betrachtet werden die Einstellungen der neuen Bundesbürger zur Demokratie, zu verschiedenen Formen politischer Beteiligung sowie zum System der sozialen Sicherung und zur Rolle des Staates in der Wirtschaft. Zum Vergleich werden entsprechende Ergebnisse für die Bevölkerung der alten Bundesrepublik herangezogen.

Empirische Grundlage des Beitrags ist eine in den neuen Bundesländern (einschl. Ost-Berlin) unmittelbar nach der letzten Bundestagswahl im Dezember 1990 durchgeführte Repräsentativumfrage. Die Befragung wurde vom Bundesministerium für Forschung und Technologie finanziert und im Auftrag des Zentrums für Umfragen, Methoden und Analysen durch die Empi-

risch-Methodische Arbeitsgruppe am Institut für Soziologie und Sozialpolitik (Ost-Berlin) durchgeführt. In der Umfrage wurde ein breites Spektrum politischer Einstellungen erfaßt, das für die alte Bundesrepublik zwischen März und Mai 1990 in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) beziehungsweise im zusammen damit durchgeführten International Social Survey Programme (ISSP) sowie teilweise im ALLBUS 1988 erhoben wurde.

Große Übereinstimmung in den demokratischen Einstellungen neuer und alter Bundesbürger

Die Stabilität eines politischen Systems ist davon abhängig, inwieweit es durch die Bürger politisch unterstützt wird. Studien in westlichen Demokratien haben gezeigt,

Tabelle 1: Einstellung zur Demokratie

	Anteil zustimmender Antworten West %	Ost %
- Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist	93.9	98.1
- Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar	93.7	96.1
- Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die Chance haben, an die Regierung zu kommen	91.5	91.3
- Jeder Bürger hat das Recht, notfalls für seine Überzeugung auf die Straße zu gehen	91.4	92.9
- Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des einzelnen stehen	89.2	92.3
- Wenn eine Entscheidung des Parlamentes gegen die Menschenrechte verstößt, hat jeder Bürger die Pflicht, mit allen Mitteln dagegen vorzugehen	87.5	91.7
- Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet	69.4	67.8
- Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen	54.0	59.3
- Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl	51.9	48.4
- In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen	13.7	11.8

Datenbasis: ALLBUS 1988, Zusatzstudie Ost 1990

daß beim Erwerb von politischen Wertvorstellungen und Identifikationen häufig die Erfahrungen in der Jugend eine prägende Kraft aufweisen. Die Mehrzahl der Bürger der ehemaligen DDR hat ihre politische Sozialisation in einem totalitären System erfahren. Trotz der nur kurzen Erfahrung mit einem demokratischen System unterscheiden sich die neuen Bundesbürger in den Einstellungen zur Demokratie kaum von den alten Bundesbürgern (vgl. Tabelle 1). So befürworten im Westen wie im Osten mehr als neunzig Prozent der Befragten solche formalen Aspekte demokratischer Systeme wie das Recht auf Meinungsfreiheit, die Notwendigkeit einer politischen Opposition und die Chance auf Regierungsbeteiligung für jede demokratische Partei. Auch das Demonstrationsrecht findet bei neun von zehn Befragten Zustimmung - allerdings mit einer Einschränkung: Wird die öffentliche Ordnung gefährdet,

sind knapp siebzig Prozent der Bürger in Ost und West der Ansicht, daß dann kein Recht auf Demonstrationen und Streiks mehr besteht.

Geringere Zustimmung finden zwei weitere Aussagen, in denen die Konfliktdimension eines demokratischen Systems angesprochen wird: 54 Prozent der Befragten im Westen und 59 Prozent im Osten sind der Meinung, daß die Rolle der politischen Opposition nicht in der Kritik- und Kontrollfunktion gegenüber der Regierung besteht, sondern primär in der Unterstützung der Regierungsarbeit. Jeder zweite Befragte ist der Ansicht, daß die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen dem Allgemeinwohl schaden. Großer Konsens in Ost und West besteht dagegen wiederum in der Ablehnung von Gewalt als Mittel der Konfliktaustragung: Nur ungefähr zehn Prozent der alten

und der neuen Bundesbürger meinen, daß es in jeder demokratischen Gesellschaft Konflikte gäbe, die mit Gewalt ausgetragen werden müßten.

Insgesamt ergibt sich damit das Bild einer großen Akzeptanz demokratischer Regeln in Ost und West, wobei die Vorstellungen stark von einem Harmoniemodell geprägt sind, das die positive Funktion von Konflikten als relativ gering einschätzt. Erwähnt werden muß jedoch, daß die demokratischen Wertvorstellungen im Osten noch wenig gefestigt sind. So neigte die Bevölkerung der ehemaligen DDR bei einer im März 1990 im Auftrag der Forschungsstelle für gesellschaftliche Entwicklungen (Mannheim) durchgeführten Befragung stärker zu einer auch Konflikte nicht ausschließenden Auffassung von Demokratie. Zum damaligen Zeitpunkt waren beispielsweise nur 26 Prozent der Befragten (gegenüber 48 Prozent im Dezember 1990) der Ansicht, daß die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Interessengruppen dem Allgemeinwohl schaden. Daß bei einer Gefährdung der öffentlichen Ordnung kein Recht auf Demonstrationen mehr bestehen sollte, meinten nur noch 50 und nicht mehr 68 Prozent der neuen Bundesbürger. Diese positivere Haltung gegenüber Konflikten im März 1990 hängt vermutlich mit der größeren zeitlichen Nähe zu den sozialen Umwälzungen im Herbst 1989 zusammen. Für die Abschwächung dieser Auffassung bis zum Dezember 1990 dürfte außerdem eine Rolle gespielt haben, daß in der Zwischenzeit die anstehenden großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme deutlicher zutage traten und den neuen Bundesbürgern ein Konsensmodell der Demokratie eher als ein Konfliktmodell zur Behebung dieser Krisensituation in der Lage erscheint.

Nur geringe Unterschiede in der Bewertung verschiedener Formen politischer Partizipation

Ein zentraler Bestandteil der politischen Freiheit in westlichen Demokratien stellt das Recht auf politischen Protest dar. Wie Tabelle 2 zeigt, dominieren auch in der Bewertung dieser gemeinhin als „unkonventionell“ bezeichneten Formen der politischen Beteiligung die Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West. Jeweils ungefähr achtzig Prozent der alten und neuen Bundesbürger sind der Meinung, daß das Orga-

Tabelle 2: Bewertung verschiedener Formen politischen Protestes

	Erlaubte Möglichkeiten politischen Protestes sollten sein ...	
	West %	Ost %
- Öffentliche Versammlungen zu organisieren, um gegen die Regierung zu protestieren	84.3	87.6
- Protestmärsche und Demonstrationen organisieren	79.8	84.2
- Flugblätter gegen die Regierung veröffentlichen	74.0	62.4
- Einen bundesweiten Streik aller Arbeitnehmer gegen die Regierung organisieren	43.6	58.9
- Eine Behörde besetzen und deren Arbeit für mehrere Tage lahmlegen	16.7	10.5
- Öffentliche Gebäude schwer beschädigen	3.1	1.0

Frage: »Es gibt viele Möglichkeiten, mit denen einzelne oder Vereinigungen gegen eine Regierungsmaßnahme protestieren können, wenn sie diese Maßnahme entschieden ablehnen.

Geben Sie bitte an, inwieweit Ihrer Meinung nach die unten aufgeführten Protestaktionen erlaubt sein sollten.«

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990, Zusatzstudie Ost 1990

nisieren von Versammlungen und Demonstrationen erlaubte Aktionsformen darstellen sollten, um gegen eine Regierungsmaßnahme zu protestieren. Im Westen (74 Prozent) befürworten mehr Befragte als im Osten (62 Prozent) das Recht auf die Veröffentlichung von Flugblättern gegen die Regierung. Umgekehrt findet das Organisieren eines bundesweiten Streiks aller Arbeitnehmer gegen die Regierung mit 44 Prozent keine mehrheitliche Zustimmung, während im Osten 59 Prozent der Ansicht sind, daß diese Protestaktion erlaubt sein sollte. Illegale Formen des Protests wie die Besetzung einer Behörde werden nur von einer Minderheit in West (17 Prozent) und Ost (11 Prozent) befürwortet. Noch weniger Befragte (im Westen drei Prozent, im Osten ein Prozent) sind der Auffassung, daß Aktionen, die die Ausübung von Gewalt beinhalten, wie beispielsweise die Beschädigung öffentlicher Gebäude, erlaubt sein sollten. Obwohl die SED durch unkonventionelle Formen politischer Partizipation zur Aufgabe ihres Herrschaftsanspruchs gezwungen wurde, lassen sich in den vorliegenden Ergebnissen damit keine Anzeichen dafür entdecken, daß die Einstellungen in diesem Bereich eine Besonderheit der politischen Kultur in den neuen Bundesländern darstellen.

Mehr Ähnlichkeiten als Unterschiede ergeben sich auch in Bezug auf die Frage, welche Formen der Beteiligung die Befragten persönlich in Betracht ziehen würden, wenn

sie politisch in einer Sache Einfluß nehmen wollten (vgl. Tabelle 3). In Ost und West stehen zwei Verhaltensweisen an der Spitze, die die Rolle als Staatsbürger betreffen:

Tabelle 3: Bereitschaft zu politischer Beteiligung

	Als Mittel zur politischen Einflußnahme würden nutzen ...	
	West %	Ost %
- Sich an Wahlen beteiligen	87.3	74.4
- Seine Meinung sagen, im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz	81.3	83.7
- Sich in Versammlungen an öffentlichen Diskussionen beteiligen	44.8	48.8
- Mitarbeit in einer Bürgerinitiative	40.7	29.7
- In einer Partei aktiv mitarbeiten	18.3	11.3
- Als Helfer einen Kandidaten bei der Wahl unterstützen	14.8	14.5
- Teilnahme an einer nicht genehmigten Demonstration	8.1	10.2
- Hausbesetzung, Besetzung von Fabriken, Ämtern	3.1	2.0
- Bei einer Demonstration mal richtig Krach schlagen, auch wenn dabei einiges zu Bruch geht	1.4	2.2
- Für eine Sache kämpfen, auch wenn dazu Gewalt gegen Personen notwendig ist	1.5	2.9
- Politische Gegner einschüchtern	2.9	1.2

Frage: »Wenn Sie politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen, Ihren Standpunkt zur Geltung bringen wollten: Welche der Möglichkeiten auf diesen Karten würden Sie dann nutzen, was davon käme für Sie in Frage?«

Datenbasis: ALLBUS 1988, Zusatzstudie Ost 1990

die Beteiligung an Wahlen und die politische Meinungsäußerung im Bekanntenkreis und am Arbeitsplatz. Daß die Teilnahme an Wahlen dabei von den neuen Bundesbürgern (74 Prozent) weniger oft genannt wird als von den alten Bundesbürgern (87 Prozent), mag mit dem Mißbrauch dieses zentralen demokratischen Aktes in der ehemaligen DDR zusammenhängen. Diese Unterschiede in der Verhaltensbereitschaft schlagen sich im faktischen Verhalten allerdings nur bedingt nieder: Bei der Bundestagswahl 1990 lag die Wahlbeteiligung im Osten mit 75 Prozent nur geringfügig unter der im Westen mit 79 Prozent.

Beteiligungsformen, die stärker auf die Lösung einzelner spezifischer Probleme („issues“) ausgerichtet sind, ziehen in West und Ost weniger als die Hälfte aller Bürger in Betracht: Im Westen kommt die Beteiligung an öffentlichen Diskussionen für 45 Prozent in Frage, im Osten für 49 Prozent. Die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative können sich 41 Prozent (West) beziehungsweise 30 Prozent (Ost) der Befragten vorstellen. Für letzteren Unterschied spielt sicherlich eine Rolle, daß den neuen Bundesbürgern diese Form der politischen Partizipation

pation noch wenig vertraut ist, während in der alten Bundesrepublik Bürgerinitiativen seit den siebziger Jahren einen festen Bestandteil der politischen Kultur darstellen.

Wesentlich niedriger ist das Potential für parteiorientierte Formen politischer Beteiligung: Für jeweils rund 15 Prozent der Befragten in Ost und West kommt die Unterstützung eines Kandidaten bei der Wahl in Betracht. Die aktive Mitarbeit in einer Partei würden 18 Prozent der alten aber nur 11 Prozent der neuen Bundesbürger in Erwägung ziehen. Diese geringere Neigung zum Engagement in einer Partei mag darauf zurückzuführen sein, daß Parteiarbeit aufgrund der Erfahrungen mit der beherrschenden Rolle der SED während des DDR-Regimes diskreditiert ist und dem neu etablierten Parteiensystem (noch) nicht das volle Vertrauen entgegengebracht wird.

Die verbleibenden - allesamt illegalen - Aktionsformen finden nur bei einer kleinen Minderheit Unterstützung. Trotz des Erfolges der Montagsdemonstrationen würde nur jeder zehnte Befragte in West und Ost an einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen. Noch niedriger sind die Anteilswerte (höchstens drei Prozent), wenn die illegalen Protestformen die Anwendung von Gewalt gegen Personen oder Sachen beinhalten.

Höhere Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den neuen Bundesländern

Dominieren in der Bewertung demokratischer Spielregeln und verschiedener Formen politischer Beteiligung die Gemeinsamkeiten zwischen Ost und West, so ergibt sich ein anderes Bild, wenn man die Einstellungen zu den Funktionen von Staat und Regierung im Bereich der sozialen Sicherung und in der Wirtschaftspolitik betrachtet. Die Einrichtung wohlfahrtsstaatlicher Institutionen stellt in praktisch allen marktwirtschaftlich organisierten Industriegesellschaften eine zentrale Aufgabe des Staates dar. Diese Institutionen sollen den Bürgern beispielsweise bei Krankheit, Arbeitslosigkeit oder im Alter Sicherheit und einen grundlegenden Lebensstandard garantieren. Für die ehemalige DDR ist die Abschaffung des bisherigen staatssozialistischen Versorgungssystems und die Übernahme der westdeutschen Regelungen in einzelnen Bereichen - beispielsweise was die Förderung der Vereinbarkeit von

Tabelle 4: Wohlfahrtsstaatliche Ansprüche

	Der Staat sollte verantwortlich sein ...	
	West %	Ost %
- Gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherzustellen	94.7	98.5
- Den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern	93.9	98.7
- Den Studenten aus einkommensschwachen Familien finanzielle Unterstützung zu gewähren	83.4	94.1
- Denjenigen, die es sich finanziell nicht leisten können, eine angemessene Wohnung zur Verfügung zu stellen	77.0	91.1
- Den Arbeitslosen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern	75.7	92.2
- Einen Arbeitsplatz für jeden bereitzustellen, der arbeiten will	72.2	93.6
- Die Preise unter Kontrolle zu halten	68.1	89.5
- Die Einkommensunterschiede zwischen Arm und Reich abzubauen	60.4	81.5
- Der Industrie Hilfen zu gewähren, um ihr Wachstum zu sichern	49.8	77.0

Frage: »Bitte geben Sie nun an, inwieweit die folgenden Dinge in der Verantwortlichkeit des Staates liegen sollten.«

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990, Zusatzstudie Ost 1990

Erwerbstätigkeit und Mutterschaft betrifft - mit einem Abbau von Leistungen und Schutzbestimmungen verbunden.

Tabelle 4 zeigt, daß in den alten wie den neuen Bundesländern fast alle Befragten (94 Prozent und mehr) der Ansicht sind, daß der Staat dafür verantwortlich sein sollte, die gesundheitliche Versorgung für Kranke sicherzustellen und den alten Menschen einen angemessenen Lebensstandard zu sichern. Diese beiden Leistungen betreffen universelle Risiken, von denen prinzipiell jeder betroffen sein kann.

Geringere Zustimmung finden im Westen dagegen Leistungen, die tendenziell auf spezifische Gruppen zugeschnitten sind. Beispielsweise meinen 83 Prozent der alten Bundesbürger, daß der Staat Studenten aus einkommensschwachen Familien unterstützen sollte; 72 Prozent sind der Ansicht, daß der Staat dafür verantwortlich sein sollte, einen Arbeitsplatz für jeden, der arbeiten will, bereitzustellen. Von den neuen Bundesbürgern sind in beiden Fällen dagegen mehr als neunzig Prozent der Auffassung, daß diese Aufgaben vom Staat wahrgenommen werden sollten. Auch was die staatliche Kontrolle der Preise, die Nivellierung der Einkommensunterschiede zwischen Armen und Reichen oder die Gewährung von Hilfen für die Industrie betrifft, sind die Erwartungen an staatliche Maßnahmen im Osten größer als im Westen.

lierung der Einkommensunterschiede zwischen Armen und Reichen oder die Gewährung von Hilfen für die Industrie betrifft, sind die Erwartungen an staatliche Maßnahmen im Osten größer als im Westen.

Neue Bundesbürger wünschen aktivere Rolle des Staates in der Wirtschaftspolitik

In die gleiche Richtung weisen die Ergebnisse bezüglich der Bewertung verschiedener wirtschaftspolitischer Maßnahmen (vgl. Tabelle 5). Gravierende Einstellungsunterschiede bestehen hier insbesondere in der Frage einer gesetzlichen Kontrolle der Preise einerseits sowie der Löhne und Gehälter andererseits. Während im Osten 88 beziehungsweise 79 Prozent der Befragten diese Maßnahmen befürworten, stimmen im Westen lediglich rund die Hälfte beziehungsweise nur ein knappes Drittel diesen Vorschlägen zu. Größere Erwartungen bestehen in den neuen Bundesländern darüber hinaus bezüglich verschiedener Maßnahmen, die der Erhaltung beziehungsweise Schaffung neuer Arbeitsplätze dienen sollen. So befürworten im Osten 92 Prozent

Tabelle 5: Befürwortung wirtschaftspolitischer Maßnahmen

	West %	Ost %
- Gesetzliche Kontrolle der Löhne und Gehälter	31.3	78.7
- Gesetzliche Kontrolle der Preise	51.0	87.8
- Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, um neue Arbeitsplätze zu schaffen	53.1	82.0
- Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen	73.3	92.1
- Unterstützung der Industrie bei der Entwicklung von neuen Produkten und Technologien	69.8	84.7
- Unterstützung von niedergehenden Industriezweigen, um Arbeitsplätze zu sichern	62.1	74.7
- Schutz der Industrie gegenüber Einfuhr von Erzeugnissen aus dem Ausland	48.7	58.1
- Weniger gesetzliche Vorschriften für Handel und Industrie	37.2	46.2
- Kürzungen der Staatsausgaben	76.0	71.3

Frage: »Hier ist eine Reihe von Möglichkeiten, was die Regierung für die wirtschaftliche Lage tun kann. Geben Sie bitte jeweils an, inwieweit Sie die folgenden Maßnahmen befürworten oder ablehnen.«

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990, Zusatzstudie Ost 1990

der Befragten gegenüber 73 Prozent im Westen die Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen, 82 Prozent (West: 53 Prozent) sind für die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit und 75 Prozent (West: 62 Prozent) für die Unterstützung niedergehender Industriezweige, um Arbeitsplätze zu sichern. Auch die Unterstützung der Industrie bei der Entwicklung neuer Produkte und Technologien findet im Osten mit 85 Prozent größere Zustimmung als im Westen mit 70 Prozent.

Vergleichsweise geringe Unterschiede bestehen lediglich im Hinblick auf den Schutz der Industrie vor der Konkurrenz aus dem

Ausland, den Abbau gesetzlicher Vorschriften für Handel und Industrie sowie die Kürzung der Staatsausgaben. Daß letzteres nicht nur im Westen, sondern auch im Osten von ungefähr drei Viertel der Befragten befürwortet wird, muß etwas verwundern, besteht doch mit der Kürzung von Staatsausgaben auch die Gefahr, daß die staatlichen Aktivitäten zur Angleichung der Lebensbedingungen in Ost und West verringert werden müssen. Vermutlich besteht hier bei den Bürgern im Osten (und auch bei denen im Westen) eine gewisse Unklarheit über die möglichen Folgen, die mit einzelnen Maßnahmen verbunden sein können.

Auch was den wünschenswerten Einfluß des Staates in verschiedenen Wirtschaftszweigen betrifft, gibt es charakteristische Differenzen zwischen Ost und West (vgl. Tabelle 6). Zwar ist auch im Osten nur eine Minderheit der Meinung, daß die Stahlindustrie (Ost: 10 Prozent; West: 5 Prozent), Banken und Versicherungen (Ost: 17 Prozent; West: 6 Prozent) und die Stromversorgung (Ost: 27 Prozent; West: 15 Prozent) in staatlicher Hand sein sollten, aber die Forderung nach einer staatlichen Kontrolle der Preise und Gewinne dieser Wirtschaftszweige (ohne staatlichen Besitz an den Betrieben) wird jeweils von knapp 60 Prozent der Befragten befürwortet, während im Westen lediglich zwischen 38 und 50 Prozent dafür plädieren.

Die höheren Erwartungen der neuen Bundesbürger gegenüber dem Staat, die in diesen Ergebnissen zum Ausdruck kommen, sind sicherlich zum überwiegenden Teil als „normale“ Reaktion auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Umgestaltung der ehemaligen DDR-Gesellschaft und weniger als Ausdruck einer Unterstützung der alten staatssozialistischen Ideologie zu werten. Zu vermuten ist, daß mit einer zunehmenden Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost und West auch die Unterschiede bezüglich der wohlstandsstaatlichen Ansprüche und der gewünschten Rolle des Staates in der Wirtschaft abnehmen.

Achim Koch
(Tel.: 0621/18004-47)

Tabelle 6: Gewünschter Staatseinfluß in verschiedenen Wirtschaftsbereichen

	die Betriebe selbst besitzen		Der Staat sollte ...				kann ich nicht sagen	
	West %	Ost %	Preise und Gewinne kontrollieren, aber keinen Besitz an den Betrieben haben	Preise und Gewinne kontrollieren	weder die Betriebe besitzen, noch Preise und Gewinne kontrollieren		West %	Ost %
			West %	Ost %	West %	Ost %	West %	Ost %
Stahlindustrie	5.4	10.4	38.0	56.7	41.7	16.2	14.9	16.8
Banken und Versicherungen	6.2	16.8	44.0	57.4	35.6	11.8	14.1	14.0
Stromversorgung	14.5	27.2	50.2	59.1	23.7	3.9	11.5	9.8

Datenbasis: ALLBUS-ISSP 1990, Zusatzstudie Ost 1990